

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 14. Januar 2008

www.kas.de/warschauwww.kas.pl

Politische Stiftungen als Instrument der Außenpolitik

Das Beispiel der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Die parteinahen, organisatorisch jedoch unabhängigen politischen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland, also die Konrad-Adenauer- (CDU), Hanns-Seidel- (CSU), Friedrich-Ebert- (SPD), Friedrich-Naumann- (FDP), Heinrich-Böll- (Grüne) sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linke) unterstützen die Parteien als einen „verfassungsrechtlich notwendigen Bestandteil“ der freiheitlich-repräsentativen, pluralistisch-parteienstaatlichen Demokratie¹. Notwendig und von besonderer Bedeutung sind Parteien laut Artikel 21 Grundgesetz in der Mitwirkung „bei der politischen Willensbildung des Volkes“, indem sie, wie es im Parteiengesetz der Bundesrepublik heißt, „insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen (...) beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen“².

Ohne ein funktionierendes Parteiensystem ist eine freiheitlich demokratische Ordnung kaum lebensfähig. Angesichts einer nicht selten anzutreffenden kritisch distanzierteren Haltung gegenüber „Parteipolitik“, die zum Phänomen der Politikverdrossenheit nicht unwesentlich beiträgt, darf die zentrale Bedeutung der Parteien in der modernen Demokratie nicht aus den Augen verloren gehen. Nicht nur dazu tragen die parteinahen Stiftungen als Diskussionsforen, durch politische Bildung und Beratung, wissenschaftliche Dienste, Begabtenförderung sowie durch ihr internationales Engagement bei. Die internationale Zusammenarbeit ist traditionell ein zentraler Schwerpunkt der politischen Stiftungen. Damit leisten sie einen eigenständigen Beitrag zur weltweiten Förderung von Demokratie und rechtsstaatlicher wie sozialer Entwicklung. Sie tragen zur Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen und Problemlösung im Sinne der Stiftungsziele in den Einsatzländern bei und organisieren zu diesem Zweck vor Ort zusammen mit Partneror-

¹ Vgl. § 1 (1) Gesetz über die politischen Parteien.

² Ebd. § 1 (2).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 14. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

organisationen oder in Eigenregie auf die aktuellen Bedürfnisse zugeschnittene Programme und Projekte. Sie schaffen zugleich öffentliche Foren für die Präsentation deutscher politischer und wirtschaftlicher Interessen und sind Anlaufstelle für gesellschaftspolitische Zielgruppen aus Deutschland. Sie gewährleisten schließlich auch einen Wissenstransfer von und nach Deutschland, einen konstanten Fluss von politischen Hintergrundinformationen aus den jeweiligen Regionen und können damit Impulse für politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse in Deutschland geben. Die Arbeit der politischen Stiftungen wird dabei im wesentlichen durch den Staat finanziert, wobei die internationale Arbeit finanziell oft mehr als die Hälfte ausmacht. So ist etwa die Konrad-Adenauer-Stiftung mit knapp 70 Auslandsbüros und Projekten in über 100 Staaten nahezu weltweit tätig. Für die internationale Arbeit setzte sie in den vergangenen Jahren bis zu 60 Millionen Euro im Jahr ein. Über die Ziel gerichtete Verwendung der Mittel wird in den laufenden Projektberichten und Abrechnungen präzise Rechenschaft gegeben. Zudem wird der Einsatz der Mittel in Evaluationen und Prüfungen kontrolliert.

Der komparative Vorteil, den Deutschland in der Außen- und Entwicklungspolitik durch die Arbeit der politischen Stiftungen hat, ist vielfältig. Die etatistisch regierungsamtliche Außenpolitik wird durch eine pluralistisch parteienstaatliche Komponente ergänzt. Das bedeutet, dass im Rahmen der durch die Regierung definierten außenpolitischen Staatsräson und neben den für die Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur zuständigen Goethe-Instituten und Einrichtungen der technischen oder sozialen Entwicklungszusammenarbeit durch die politischen Stiftungen ein zusätzlicher Bereich an spezifisch politischen Kontakten und Kooperationen zu Parteien und politischen oder zivilgesellschaftlichen Gruppen eröffnet wird. Die parteienstaatliche Demokratie als ein wesentliches Element der modernen pluralistischen Demokratie kommt so auch in der internationalen Politik zum Zuge. Auf diese Weise wird nicht nur ein authentisches (Vor-)Bild einer Parteidemokratie vermittelt, sondern auch die Entwicklung zu einer solchen Parteidemokratie in Entwicklungs- und Transformationsländern durch die spezielle Erfahrung und Expertise gefördert, die parteinahe Stiftungen mitbringen. Diese können in einer vielfältigen Weise auf der Grundlage ihrer jeweiligen politischen Programmatik mit unterschiedlichen, ihnen zum Teil nahe stehenden politischen Zielgruppen zusammenarbeiten.

Hinzu kommt, dass die politischen Stiftungen in bestimmten politischen Kontexten flexibler handeln und ein breites politisch-zivilgesellschaftliches Instrumentarium bedienen können. In einem Land wie Belarus etwa, der letzten offensichtlichen Diktatur in Europa, sind der Förderung einer demokratisch rechtsstaatlichen Entwicklung auf offiziellem Wege in der politischen Zusammenarbeit der Staaten enge Grenzen gesetzt. Die politischen Stiftungen können hier, sei es mit offizieller Genehmigung oder aber unter beobachteter Duldung der belarussischen Machthaber, die Kontakte mit den oppositionellen Kräften pflegen und durch Informations- und Dialogprogramme, Diskussionsforen, Analysen und bürgerschaftliche po-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 14. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

litische Projekte, also durch eine breiter angelegte so genannte gesellschaftspolitische Graswurzelarbeit an den Voraussetzungen für demokratische Entwicklungen mitarbeiten. Dies geschieht prinzipiell eigenständig, aber in ständigem Austausch und – sofern notwendig – auch mit Unterstützung durch die offizielle Diplomatie.

Potentielle Spannungsfelder zwischen der Tätigkeit der politischen Stiftungen und der staatlichen Diplomatie können durch die Begriffspaare Unabhängigkeit versus Staatsräson/politische Führung oder Pluralität und Einheitlichkeit bezeichnet werden. Deutschland leistet es sich, den demokratischen Pluralismus auch im Ausland zu spiegeln. Spannungen, die dadurch bisweilen entstehen, insbesondere wenn es um politische Streitthemen geht, lassen sich nicht einfach aufheben. Sie müssen im kritischen Respekt vor der demokratisch legitimierten Regierungspolitik und der politischen Freiheit der Parteien beziehungsweise parteinahen Stiftungen ausgehalten werden. So wird auch im Ausland die demokratische Selbstverständlichkeit deutlich, dass es einerseits die durch die gewählte Regierung vertretene Politik gibt, andererseits aber auch davon unter Umständen deutlich abweichende politische Positionen der verschiedenen im Parlament vertretenen Parteien sowie bisweilen disparate politische Diskussionsprozesse. Beispiele dafür sind etwa die Haltungen zum Irakkrieg oder zum Projekt der Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland in der Ostsee. Die Wahrnehmung des in Deutschland herrschenden demokratischen Pluralismus trägt in anderen Ländern zur Transparenz und zu einem differenzierten Verständnis der deutschen Politik bei. Für die deutsche Diplomatie bedeutet dies jedoch, dass sie nicht immer automatisch mit am Tisch sitzt, so zum Beispiel, wenn es um den internen Dialog von Partnerparteien geht.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen zur internationalen Arbeit der politischen Stiftungen soll am Beispiel des Länderprogramms Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung beschrieben werden, wie sich die Arbeit konkreter gestaltet und welchen Nutzen sie erbringen kann.

Das Länderprogramm Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung

Für die Konzeption eines Länderprogramms sind als Ausgangspunkt zunächst die politischen Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung. Polen gehört zu den Transformationsländern Mitteleuropas, die in den letzten 18 Jahren die Entwicklung von einer politischen Diktatur mit staatlich gelenkter Misswirtschaft hin zu einer rechtsstaatlichen Demokratie mit freier Marktwirtschaft bewerkstelligt haben. Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitet diesen Transformationsprozess bereits seit Sommer 1989 mit einem eigenen Büro und Länderprojekt von Warschau aus. Inhaltliche Schwerpunkte der Projektarbeit sind: die Förderung des Aufbaus der Zivilgesellschaft mit dem besonderen Augenmerk auf die Bereiche Führungseliten, Medien und katholische Kirche; letztere hat aus historischen und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 14. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

soziologischen Gründen in Polen eine herausragende Bedeutung; die Fragen der europäischen Integration und der deutsch-polnischen Beziehungen in Europa, wobei in einem Segment auch die deutsche Minderheit in Polen berücksichtigt wird; die Entwicklung der rechts- und parteienstaatlichen Demokratie unter besonderer Berücksichtigung des Parteeiaufbaus und Parteiendialogs im Bereich der Mitte-Rechts-Parteien sowie das Konzept einer den aktuellen Umständen angemessenen Sozialen Marktwirtschaft, die den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt, was gerade angesichts der mit dem Transformationsprozess verbundenen Friktionen wie Arbeitsverlust, berufliche Neuorientierung, Veränderung nahezu aller gewohnten Lebensbedingungen, also der mit der größeren Freiheit verbundenen Zu-Mutungen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Die liberalen Marktgesetze bedürfen eines politisch definierten sozialen Rahmens.

Die Schwierigkeiten, mit denen Staat und Gesellschaft in Polen zu tun haben, sind nicht gering, die Entwicklungschancen andererseits aber auch groß. Die Wahlen im Herbst 2005 brachten nach vier zuletzt quälenden Jahren unter postkommunistischer Führung mit zahlreichen Korruptionsskandalen den erwarteten politischen Umschwung. Die Linken stürzten von 41 auf 11 Prozentpunkte ab, bei einer allerdings bedenklich niedrigen Wahlbeteiligung von nur 40 Prozent, was ein deutliches Indiz für die Politikverdrossenheit und das mangelnde Vertrauen in die Parteien in der Wahlbevölkerung ist. Die bürgerlichen Mitte-Rechts-Parteien „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und „Bürgerplattform“ (PO) erhielten wie erwartet eine solide, über 50 Prozent hinaus reichende Mehrheit. Anstatt jedoch wie angekündigt unter der Parole der Gründung einer IV. Republik gemeinsam eine grundlegende politische Reform in Angriff zu nehmen, entschied sich PiS unerwartet für eine konservativ-populistische Koalition mit den Parteien „Selbstverteidigung“ und „Liga der polnischen Familien“. Das mit dieser Koalition verfolgte sozialkonservative nationale Lagerkonzept scheiterte bereits nach gut anderthalb Jahren an internen Streitigkeiten und einem grundlegenden Mißtrauen. In den vorgezogenen Neuwahlen am 21. Oktober 2007 wurde die Politik dieser Koalition bei einer Wahlbeteiligung von immerhin fast 54 Prozent von fast Zweidritteln der Wähler abgewählt. Die Bürgerplattform (PO) und die bäuerliche „Polnische Volkspartei“ (PSL), die beide der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) angehören, bildeten die neue Regierung, die vor großen Aufgaben steht.

Experten gehen davon aus, dass Polen weitere 20 Jahre benötigen wird, um den Durchschnitt des Lebensniveaus der EU vor der Osterweiterung zu erreichen. Das setzt weiterhin erhebliche Anstrengungen bei der Staats- und Sozialreform, der Wirtschaft, der Infrastruktur, im Bildungswesen etc. voraus. Gleichzeitig geht die Schere zwischen Reich und Arm weiter auseinander und bilden die hohe Arbeitslosigkeit gerade auch bei jungen Erwachsenen und die damit verbundene Arbeitsmigration ins Ausland große Herausforderungen. Das zivilgesellschaftliche Engagement und die politische Beteiligung sind immer noch verhältnismäßig schwach ausgeprägt. Hier fehlt es an sich selbst tragenden oder vom Staat unterstützten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 14. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

Strukturen, an politischer Bildung, an einer kritisch-konstruktiven Verbindung zwischen Volk, Parteien und Staatsorganen, an einem staatsbürgerlichen Ethos sowohl bei den Regierenden wie bei den Regierten. Damit im Zusammenhang stehen die hohe Kriminalitätsrate, die verbreitete Korruption und die nach jedem politischen Wechsel wiederkehrende maßlose Inbesitznahme des Staates und staatlich kontrollierter Institutionen durch eigene Gefolgsleute³. Im Bereich der Medien ist die unabhängige kritische Berichterstattung ein Desiderat. Die Aufarbeitung der kommunistischen und postkommunistischen Hinterlassenschaft ist ein ungelöstes Problem.⁴

Die Volatilität im Parteiensystem ist groß. Außer dem postkommunistischen „Bündnis der Linken“ (SLD) und der bäuerlichen „Polnischen Volkspartei“ (PSL), die auf eine Tradition bis ins 19. Jahrhundert zurückblickt und die Sowjetdiktatur als Blockpartei überdauerte, sind die Parteien bislang eher flüchtige Wahlplattformen mit wenig ausgeprägter innerparteilicher Demokratie sowie Bewegungen mit stark populistischen Zügen. Dies trägt nicht zu politischer Kontinuität und stabilen Verhältnissen bei.⁵ Hier scheint sich allerdings nach den Ergebnissen der Wahlen im Oktober 2007 eine neue Perspektive zu eröffnen. Die populistischen Bewegungen der bäuerlichen „Selbstverteidigung“ und der nationalistischen „Liga der polnischen Familien“, die es in der Vergangenheit zeitweise auf ein gutes Viertel der Wählerstimmen brachten, scheiterten deutlich an der Fünfprozenthürde, die das Wahlrecht setzt. Die 2001 aus der Solidarnosc-Bewegung hervorgegangenen Parteien, die liberal-konservative „Bürgerplattform“ (PO) und die sozial-konservative „Recht und Gerechtigkeit“, belegen die Mitte und den rechten Bereich des politischen Spektrums, die sich erneuernden Postkommunisten (SLD) decken im Bündnis mit der 2004 erfolgten Abspaltung der Polnischen Sozialdemokraten (SdPL) und der linksliberalen aus der ehemaligen Freiheitsunion hervorgegangenen „Demokratischen Partei“ (PD) das linke Spektrum ab und die „Polnische Volkspartei“ (PSL) ist mit einer sozialen Note auf die Landbevölkerung und Kleinbürger ausgerichtet. Damit kristallisiert sich ein Vierparteiensystem heraus, in dem der PSL als potentiellem Koalitionspartner der drei anderen Parteien die Rolle des Mehrheitsbeschaffers zufällt.

In den deutsch-polnischen Beziehungen ist seit Ende der 90er Jahre von einer Krise die Rede, die vor allem durch Divergenzen in Bezug auf die Sicherheitspolitik (Irakkrieg), die Ostpolitik (Russland, Gaspipeline), die Europapolitik (Staaten-

³ Letzteres beschreibt hervorragend die polnische Soziologin Maria Jarosz in ihrem Buch: Macht, Privilegien, Korruption. Die polnische Gesellschaft 15 Jahre nach der Wende (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 21), Wiesbaden 2005.

⁴ Vgl. dazu vom Autor die Analysen: Stabile Instabilität. Polen ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen, in: KAS-Auslandsinformationen 4 (2006) 28 – 51; sowie: Jahresbilanz Polen 2006. Politik und Wirtschaft: Fakten, Zahlen, Analysen, in: KAS-Auslandsinformationen 2 (2007) 35 – 54.

⁵ Vgl. dazu Konstanty Adam Wojtaszczyk: Poland, in: Parties and Democracy. The KAS Democracy Report 2007 (ed. By Konrad-Adenauer-Stiftung), Bonn 2007, 218 – 235.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 14. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

bund versus politische Union) und unterschiedliche Wahrnehmungen der Geschichte (Zweiter Weltkrieg, Vertreibung) angefacht wird. Innerhalb der Europäischen Union manövrierte die national-konservative Regierung Polen in den letzten zwei Jahren in die Position eines halsstarrigen Außenseiters, dem nach eigenen bekunden mehr an „nationaler Interessenpolitik“ als an einem Gelingen der seit sechs Jahren verfolgten Reform der Union gelegen war. In die Verantwortung, die Polen als sechstgrößtem EU-Land und mit rund 38 Millionen Bevölkerung bei weitem größtem Beitrittsland in der Union zukommt, muss die politische Führung des Landes offensichtlich erst noch hinein wachsen.

Die Skizze der Rahmenbedingungen zeigt in groben Zügen, vor welchen Herausforderung Polen und damit auch die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen in Polen steht. Was kann politische Stiftungsarbeit in diesem Kontext bewirken? Auf diese Frage geben die jährlichen Projektberichte in ausführlicher Weise Auskunft, die an den jeweiligen Jahresplanungen und an den alle drei Jahre neu bestimmten Projektzielen Maß nehmen. Der Schwerpunkt liegt in einer weit verstandenen und längerfristig ausgerichteten politischen Bildungsarbeit sowie in der Förderung des politischen Dialoges. Durch Diskussionsforen, Fachanalysen, Publikationen und Dialogprogramme für Politiker, Experten und wichtige Multiplikatoren wird das Verständnis für politische Zusammenhänge in den beschriebenen Politik- und Problembereichen gefördert. Der direkte Austausch trägt zum gegenseitigen Kennenlernen, zur Vertrauensbildung und zur gemeinsamen Arbeit an Themen bei. Die Unterstützung und konkrete Zusammenarbeit mit zahlreichen Partnern im Lande fördert nicht nur den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und das bürgerschaftliche Engagement, sondern zeigt auch in exemplarischer Weise die Möglichkeiten partnerschaftlicher Kooperation. Die öffentlich wahrnehmbare Präsenz der Stiftungsarbeit signalisiert darüber hinaus das tatsächliche Interesse an der Entwicklung Polens und an der Partnerschaft mit Polen in Europa. Das Bewußtsein, dass dieses Engagement jedoch keine Selbstverständlichkeit ist und nur durch ein aktives Miteinander gedeihen kann, ist allerdings wach zu halten und kann als kritisches Korrektiv dienen. Anerkennung findet die Stiftungsarbeit nicht nur bei den direkten Kooperationspartnern, Zielgruppen und Teilnehmern, sondern auch in der Öffentlichkeit. So erhielt die Adenauer-Stiftung im Herbst 2007 als erste ausländische Organisation eine Sonderauszeichnung im Rahmen der renommierten TOTUS-Preisverleihung der Stiftung Werke des neuen Jahrtausends der polnischen Bischofskonferenz für die Verbreitung der Soziallehre des polnischen Papstes Johannes Pauls II. Zwei Wochen vor den Parlamentswahlen in der heißen Phase des Wahlkampfes mit seinen mitunter antideutschen Ressentiments war dies auch ein politisch wahrgenommenes Zeichen, zumal die Preisverleihung im Samstagabend Programm des Zweiten Polnischen Fernsehen übertragen wurde.

Am Beispiel des parteipolitischen Dialogprogramms kann die Stiftungsarbeit noch einmal in aktueller Weise konkretisiert werden. Während die deutsche Regierung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 14. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

sich in den vergangenen zwei Jahren naturgemäß vor allem um die Kontakte und die Zusammenarbeit auf Regierungsebene konzentriert hat, was angesichts der Unerfahrenheit und Vorbehalte der von der PiS geführten polnischen Regierung gegenüber Deutschland und der auf dem Weg zum EU-Reformvertrag zu überwindenden Schwierigkeiten nicht leicht war, nutzte die Konrad-Adenauer-Stiftung die Zeit zur Intensivierung des Austausches mit den oppositionellen Partnerparteien, der PO und PSL. Begegnungen von Parlamentariern und Diskussionsforen zu den Hauptthemen der Deutschland- und Europapolitik wurden arrangiert. Führende Außenpolitiker der CDU wie Andreas Schockenhoff, Ruprecht Polenz, Eckhard von Klaeden, Elmar Brok und Gunther Krichbaum reisten nach Warschau. Führende Oppositionspolitiker wie der heutige Parlamentspräsident Bronisław Komorowski (PO), die derzeitigen stellvertretenden Premierminister Waldemar Pawlak (PSL) und Grzegorz Schetyna (PO), die heutigen Minister für Außenpolitik, Radislaw Sikorski, und Verteidigungspolitik, Bogdan Klich, waren am Dialogprogramm beteiligt. Im Herbst 2006 wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von CDU/CSU und PO zur Ostpolitik ins Leben gerufen. Im Oktober 2006 reiste Bronisław Komorowski, damals Außenpolitischer Sprecher der PO, zu Gesprächen nach Berlin und traf dabei unter anderem zu einem langen persönlichen Austausch mit seinem heutigen Amtskollegen, Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und Außenminister Walter Steinmeier (SPD) zusammen. Im Frühjahr 2007 hielten sich drei Delegationen von PO-Politikern, darunter der Parteivorsitzende und heutige Premierminister Donald Tusk, die heutigen Staatssekretäre in der Kanzlei des Premiers, Sławomir Nowak und Andrzej Graś, sowie der jetzige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Krzysztof Lisek, auf Einladung der Adenauer-Stiftung in Berlin auf. Dabei ging es neben dem allgemeinen politischen Gespräch auch um den Erfahrungsaustausch bezüglich der Organisation parteipolitischer Programmdiskussionen, um Möglichkeiten der Parteiorganisation und den Aufbau eines Büros für Auswärtige Beziehungen der PO. Tatsächlich arrangierte die PO im späteren Frühjahr eine Programmdiskussion mit regionalen Treffen in allen Landesteilen Polens und einer abschließenden Präsentation in Warschau. Auch das Büro für Auswärtige Beziehungen der PO nahm seine Arbeit unter Leitung des Abgeordneten Lisek auf. Die vorgezogene Wahl führte dann die PO und die PSL früher als erwartet in die Regierungsverantwortung. Damit sind die bestehen Divergenzen zwischen Deutschland und Polen keineswegs behoben. Aber durch die vielfältigen Kontakte im Vorfeld kennen sich viele Politiker bereits persönlich und finden die Gespräche in einer anderen Atmosphäre statt, weniger distanziert, mehr um Vertrauen und Zusammenarbeit bemüht.

Dagegen stießen die Bemühungen der Adenauer-Stiftung um den Dialog mit Vertretern der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ mit wenigen Ausnahmen, zu denen vor allem der zwischenzeitlich aus der PiS ausgetretene frühere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Pawel Zalewski gehörte, schnell an Grenzen. Entweder folgte man auf Seiten der PiS von vornherein Einladungen zur Diskussi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 14. Januar 2008

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

on nicht oder man sagte kurzfristig die Teilnahme ab, ohne einen Vertreter zu entsenden. Vertreter der Regierung hatten für Politiker aus Berlin keine Zeit und schickten ihre politischen Direktoren vor, die nicht wirklich etwas zu sagen hatten. Häufig fand man sich in mehr oder weniger nichts sagenden oder unfruchtbaren Gesprächen zusammen, die manches mal an längst vergangen geglaubte Zeiten erinnerten: man sitzt sich an einem breiten Tisch gegenüber, hört resolutionsartig vorgetragene Positionen an, ohne dass es zu einem Gespräch kommt. Der durch misstrauisches Gegeneinander, politischen Dogmatismus und eine bisweilen an Gesprächsverweigerung grenzende argumentative Sprachlosigkeit geprägte Politikstil machte den Dialog mit den PiS-Vertretern mindestens ebenso frustrierend, wie er auf der anderen Seite wegen seiner inhaltlichen Erfolglosigkeit für die PiS-Politiker selbst gewesen sein mag. Dies erklärt vielleicht zu einem Teil das ziemlich unverhohlene und Europa weit verbreitete politische Aufatmen nach der Abwahl der Regierung Jarosław Kaczyńskis, die international durch eine Politik der Härte im nationalen Interessenkampf zum Erfolg kommen wollte. Der Mangel an politischen Dialog mit der PiS ist ein Problem, das in beiderseitigem Interesse angegangen werden muss. Denn als stärkste Oppositionspartei bleibt PiS ein wesentlicher politischer Faktor in Polen. Nur durch die Überwindung des Mißtrauens und ein besseres Verständnis der gegenseitigen Argumente wird gemeinsame Politik möglich. Da PiS programmatisch als christdemokratisch-konservative Partei durchaus in einer potentiellen Nähe zur deutschen Christdemokratie steht, liegt es nahe, den Gesprächsfaden zwischen den Parteien aufzunehmen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung kann dabei, wie in den anderen geschilderten Bereichen, wichtige Vermittlungsdienste leisten im Dienste der gemeinsamen Gestaltung der politischen Zukunft in Europa.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Fundacja Konrada Adenauera
Przedstawicielstwo w Polsce
ul. J. Dąbrowskiego 56
PI-02-561 Warszawa

Telefon

+48 22 845 93 30
+48 22 848 54 01

Fax

+48 22 848 54 37

Mail

kas@kas.pl